

# Ortsgemeinde Badenhard

## Beitragssatzung Verkehrsanlagen

- wiederkehrende Beiträge –

vom 18.06.2012

---

---

Der Ortsgemeinderat Badenhard hat in seiner öffentlichen Sitzung am 14.06.2012 auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 Abs. 1, 7 und 10 a des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit **öffentlich bekannt gemacht** wird:

## § 1 Erhebung von Ausbaubeiträgen

- (1) Die Ortsgemeinde Badenhard erhebt **wiederkehrende** Beiträge nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen nach den Bestimmungen des KAG und dieser Satzung.
- (2) **Ausbaubeiträge** werden für alle Maßnahmen an Verkehrsanlagen, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen, erhoben.
1. "**Erneuerung**" ist die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhafte Anlage in einen dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand.
  2. "**Erweiterung**" ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertiggestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile.
  3. "**Umbau**" ist jede nachhaltige technische Veränderung an der Verkehrsanlage.
  4. "**Verbesserung**" sind alle Maßnahmen zur Hebung der Funktion, der Änderung der Verkehrsbedeutung im Sinne der Hervorhebung des Anliegervorteiles sowie der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Anlage.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für die Herstellung von Verkehrsanlagen, die nicht nach dem Baugesetzbuch (BauGB) beitragsfähig ist.
- (4) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten **nicht**, soweit Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a) bis c) BauGB zu erheben sind.
- (5) Ausbaubeiträge nach dieser Satzung werden **nicht** erhoben, wenn die Kosten der Beitragserhebung außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Beitragsaufkommen stehen.

## § 2 Beitragsfähige Verkehrsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Aufwand für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie selbstständige Parkflächen und Grünanlagen sowie für selbstständige Fuß- und Radwege.
- (2) **Nicht** beitragsfähig ist der Aufwand für Brückenbauwerke, Tunnels und Unterführungen mit den dazu gehörenden Rampen mit **Ausnahme** des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelag.

## § 3 Ermittlungsgebiete

- (1) Sämtliche zum Anbau bestimmten Verkehrsanlagen des Gemeindegebietes bilden als **einheitliche öffentliche Einrichtung** das Ermittlungsgebiet (Abrechnungseinheit).
- Diese Einrichtung besteht aus den Verkehrsanlagen „Mühlenweg“, „Gartenstraße“, „Schloßstraße“, die Straße „Auf der Fahrt“ sowie die „Hauptstraße“, soweit sie als Gemeindestraße für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Zu der öffentlichen

Einrichtung gehören die gemeindlichen Teileinrichtungen (Gehwege/Beleuchtung etc.) wie die entlang der klassifizierten K 101 innerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt.

(2) Der beitragsfähige Aufwand wird für die eine Abrechnungseinheit bildenden Verkehrsanlagen nach den jährlichen Investitionsaufwendungen in der Abrechnungseinheit nach Abs. 1 ermittelt.

#### § 4

#### Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen alle baulich, gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise nutzbaren Grundstücke, die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer in der Abrechnungseinheit gelegenen Verkehrsanlage haben.

#### § 5

#### Gemeindeanteil

Der Gemeindeanteil beträgt 40 %.

#### § 6

#### Beitragsmaßstab

(1) Maßstab ist die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse. Der Zuschlag je Vollgeschoss beträgt 15 v.H.; für die ersten zwei Vollgeschosse beträgt der Zuschlag einheitlich 30 v. H. .

(2) Als **Grundstücksfläche** nach Abs. 1 **gilt**:

1. In **bepflanzten Gebieten** die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur **teilweise** überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gilt als Grundstücksfläche die Fläche des Buchgrundstücks; Nr. 2 ist gegebenenfalls entsprechend anzuwenden.
2. Hat der Bebauungsplan den Verfahrensstand des **§ 33 BauGB** (Planreife) erreicht, ist dieser maßgebend. Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (**§ 34 BauGB**), sind zu berücksichtigen:

- a) bei Grundstücken, die an eine Verkehrsanlage **angrenzen**, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von **40 m**.
- b) bei Grundstücken, die **nicht** an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser **aber** durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang **verbunden** sind (**Hinterliegergrundstücke**), die Fläche von der zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von **40 m**.
- c) Grundstücksteile, die ausschließlich eine **wegemäßige Verbindung** darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe nach a) und b) unberücksichtigt.
- d) Sind die **jenseits** der nach a) und b) angeordneten Tiefenbegrenzungslinie liegenden Grundstücksteile aufgrund der Umgebungsbebauung baulich oder in

ähnlicher Weise **selbständig nutzbar (Hinterbebauung in zweiter Baureihe)**, wird die Fläche bis zu einer Tiefe von **80 m** zugrunde gelegt.

Sind die hinteren Grundstücksteile **nicht** in diesem Sinne **selbständig nutzbar** und geht die tatsächliche bauliche, gewerbliche, industrielle oder ähnliche **Nutzung** der innerhalb der Tiefenbegrenzung liegenden Grundstücksteile **über** die tiefenmäßige Begrenzung nach **a) und b) hinaus**, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur **hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung**.

Wird ein Grundstück **jenseits** der in Satz 1 angeordneten **erhöhten** Tiefenbegrenzungslinie tatsächlich baulich, gewerblich, industriell oder ähnlich **genutzt**, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur **hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung**.

3. Bei Grundstücken, für die **im Bebauungsplan** die Nutzung als Sportplatz, Freibad, Festplatz, Campingplatz oder Friedhof festgesetzt ist, die Fläche des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Grundstückes oder Grundstücksteiles vervielfacht mit 0,5.  
Bei Grundstücken, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (**§ 34 BauGB**) tatsächlich so genutzt werden, die Fläche des Grundstückes – gegebenenfalls unter Berücksichtigung der nach Nr. 2 angeordneten Tiefenbegrenzung – vervielfacht mit 0,5.

(3) Für die **Zahl der Vollgeschosse** nach Abs. 1 gilt:

1. Für **beplante** Grundstücke wird die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse zugrundegelegt.
2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl. Ist auch eine Baumassenzahl **nicht** festgesetzt, dafür aber die **Höhe** der baulichen Anlagen in Form der Trauf- oder Firsthöhe, so gilt die durch **2,6** geteilte **höchstzulässige** Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so ist die **höchstzulässige** Traufhöhe der Berechnung zugrunde zu legen. Soweit der Bebauungsplan **keine** Festsetzungen trifft, **gilt** als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte der zur Verkehrsanlage hin am nächsten gelegenen Gebäudeseite, die nicht Giebelseite ist -, im Zweifel im Uhrzeigersinn zu messen. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
3. Hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des **§ 33 BauGB** erreicht, gelten Nr. 1 und 2 entsprechend.
4. Soweit **kein** Bebauungsplan besteht, gilt
  - a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse; ist ein Grundstück bereits **bebaut** und die dabei tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl höher, als die der näheren Umgebung, so ist die tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl zugrunde zu legen.
  - b) bei Grundstücken, die mit einer **Kirche** bebaut sind, die Zahl von **zwei** Vollgeschossen. Dies gilt für **Türme**, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.

5. Ist nach den Nummern 1 – 4 eine Vollgeschosszahl **nicht** feststellbar, so ist die tatsächlich vorhandene Traufhöhe geteilt durch **2,6** anzusetzen, wobei Bruchzahlen auf ganze Zahlen auf- und abzurunden sind.  
Als Traufhöhe **gilt** der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand des Gebäudes. Die Höhe ist in der Gebäudemitte der zur Verkehrsanlage hin am nächsten gelegenen Gebäudeseite, die nicht Giebelseite ist -, im Zweifel im Uhrzeigersinn zu messen.
6. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine **sonstige Nutzung festgesetzt** ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe), wird bei vorhandener Bebauung die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse angesetzt, in jedem Fall mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
7. Bei Grundstücken, auf denen **nur Garagen oder Stellplätze** errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, die tatsächliche Zahl der Garagen- oder Stellplatzgeschosse, mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
8. Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich von **Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB** liegen, werden zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend angewandt, wie sie bestehen für
  - a) Grundstücke in Bebauungsplangebieten, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
  - b) unbeplanten Grundstücke, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.
9. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn sie höher ist als die Zahl der Vollgeschosse nach den vorstehenden Regelungen.
10. Sind auf einem Grundstück **mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen** zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Bau-masse vorhandene Zahl.

(4) Für Grundstücke **in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten** wird die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um **20 v.H.** erhöht. Dies gilt entsprechend für **ausschließlich** gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke **in sonstigen Baugebieten**.

Bei **teilweise** gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (**gemischt genutzte Grundstücke**) in Kern- Gewerbe- und Industriegebieten und in sonstigen Baugebieten erhöht sich die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um **10 v.H.**

(5) Abs. 4 gilt **nicht** für die Abrechnung selbstständiger Grünanlagen.

**§ 7****Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke**

(1) Grundstücke, die zu einer Straße der Abrechnungseinheit nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können und zusätzlich durch eine Erschließungsanlage im Sinne des § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB oder eine Verkehrsanlage erschlossen werden, für die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB oder einmalige Ausbaubeiträge nach dem KAG erhoben wurden oder zu erheben sind und die voll in der Baulast der Gemeinde steht, wird die Grundstücksfläche bei der Ermittlung des Beitragssatzes und der Beitragsveranlagung mit 50 v.H. angesetzt.

(2) Grundstücke, die zu einer Straße der Abrechnungseinheit nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können und zusätzlich durch mehrere Erschließungsanlagen im Sinne des § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB oder Verkehrsanlagen erschlossen werden, für die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB oder einmalige Ausbaubeiträge nach dem KAG erhoben wurden oder zu erheben sind und die voll in der Baulast der Gemeinde stehen, wird die Grundstücksfläche bei der Ermittlung des Beitragssatzes und der Beitragsveranlagung durch die Zahl der Erschließungs- bzw.- Verkehrsanlagen geteilt.

(3) Abs. 1 und 2 gelten nicht für von § 6 Abs. 4 erfassten Grundstücke.

**§ 8****Entstehung des Beitragsanspruches**

Der Beitragsanspruch entsteht mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

**§ 9****Vorausleistungen**

(1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes können von der Ortsgemeinde Badenhard Vorausleistungen auf wiederkehrende Beiträge erhoben werden.

(2) Die Vorausleistungen werden nach der voraussichtlichen Beitragshöhe für das laufende Jahr bemessen.

**§ 10****Ablösung des Ausbaubeitrages**

Die Ablösung wiederkehrender Beiträge kann jederzeit für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren vereinbart werden. Der Ablösung wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kostenentwicklung die abgezinste voraussichtliche Beitragsschuld zugrunde gelegt.

## **§ 11 Beitragsschuldner**

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes oder Gewerbetreibender auf dem Grundstück ist.
- (2) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.

## **§ 12 Veranlagung und Fälligkeit**

- (1) Die wiederkehrenden Beiträge und die Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und drei Monate nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Der Beitragsbescheid enthält:
1. die Bezeichnung des Beitrages,
  2. den Namen des Beitragsschuldners,
  3. die Bezeichnung des Grundstückes,
  4. den zu zahlenden Betrag,
  5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Gemeindeanteils und der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
  6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
  7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und
  8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- (3) Die Grundlagen für die Festsetzung wiederkehrender Beiträge können durch besonderen Bescheid (Feststellungsbescheid) festgestellt werden.

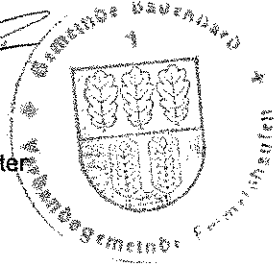
## **§ 13 Öffentliche Last**

Der wiederkehrende Straßenausbaubeitrag liegt als öffentliche Last auf dem Grundstück.

## **§ 14 In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft.

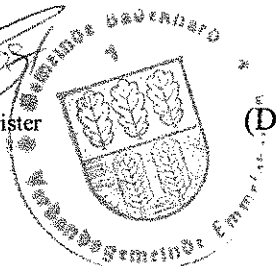
56291 Badenhard, *18.06.2012*.....  
Ortsgemeinde Badenhard

*(Jost)*  
Ortsbürgermeister  (DS.)

Ausfertigungsvermerk:

Es wird bescheinigt, dass die für den Satzungsbeschluss gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritte eingehalten worden sind und dass der Inhalt der Satzung mit dem wirklichen Willen des Gemeinderates der Ortsgemeinde Badenhard übereinstimmt.

56291 Badenhard, *18.06.2012*.....  
Ortsgemeinde Badenhard

*(Jost)*  
Ortsbürgermeister  (DS.)



# Aktenvermerk

(VV Nr. 7 zu § 24 GemO)

## über das ordnungsgemäße Zustandekommen der „Beitragssatzung Verkehrsanlagen – wiederkehrende Beiträge –“ der Ortsgemeinde Badenhard vom 18.06.2012

1. Die Satzung wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 14.06.2012 mit folgender Mehrheit beschlossen:

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder:	7
Anwesende und stimmberechtigte Ratsmitglieder:	7
Für die Satzung haben gestimmt:	7

2. Die Bekanntmachung wurde im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Emmelshausen Nr. 25/2012 vom Freitag, den 22.06.2012 veröffentlicht.
3. Bei der öffentlichen Bekanntmachung wurde auf die Vorschriften des § 24 Abs. 6 GemO hingewiesen.

Verbandsgemeindeverwaltung  
Emmelshausen, 26.06.2012  
Im Auftrag

(Schneider)